

**A21** Übertragung des Konfliktes zwischen der Regierung Erdogan und den Kurden auf Deutschland vermeiden, Gespräche und Annäherung unterstützen

Antragsteller\*in: Benita von Brackel-Schmidt (KV Flensburg), Dany Greulich (KV Nordfriesland),  
Elisabeth Horstkötter (KV Kiel), Luca Brunch (KV Kiel), Christoph Krieger (KV Kiel)  
Tagesordnungspunkt: 3 Anträge  
Status: Zurückgezogen

- 1 Auf Landesebene wollen wir uns dafür einsetzen, der kurdischen Bevölkerung in
- 2 Schleswig-Holstein eine Stimme zu geben, indem wir die Gründung kurdischer
- 3 Kulturvereine unterstützen und beratend bei der Selbstorganisation der
- 4 kurdischen Gemeinden zur Seite stehen. Kurdische Organisationen sind für uns ein
- 5 ebenso willkommener Ansprechpartner wie die türkischen Vereine und Gemeinden, um
- 6 Handlungsmöglichkeiten der Bundesrepublik Deutschland in diesem Konflikt
- 7 herauszuarbeiten und auf Landesebene zu unterstützen. Wir sehen dies auch als
- 8 notwendig um ein Übergreifen des Kurdisch-Türkischen Konfliktes auf Deutschland
- 9 und Schleswig-Holstein zu vermeiden. Tätliche Übergriffe wollen wir durch eine
- 10 Förderung des Dialoges Deutsch-Kurdischer und Deutsch-Türkischer Organisationen
- 11 verhindern. Wir fordern die in Deutschland lebenden Kurden auf, trotz des
- 12 Mordens in Afrin in ihrem Protest gewaltfrei zu bleiben!
  
- 13 Als eine Partei die aus der Friedensbewegung entstanden ist, sind wir dem
- 14 friedlichen Dialog verpflichtet. Wir werden uns deshalb innerhalb der
- 15 Landesregierung dafür einsetzen, dass eine Begegnung zwischen türkeinahen
- 16 Organisationen wie bspw. der Türkischen Gemeinde Schleswig-Holstein und
- 17 kurdischen Gruppen gefördert wird. Eine humanitäre Unterstützung für die
- 18 kurdische Zivilbevölkerung in Afrin durch Deutsch-Türkische Einrichtungen wäre
- 19 hierfür ein wünschenswertes Signal.
- 20 In Hotspots identitärer Konflikte sollen Zentren für demokratische Kultur
- 21 eingerichtet werden. Diese können die erwähnte Begegnungsarbeit koordinieren und
- 22 verstetigen, sie sollen zudem Grundprinzipien selbstbestimmter, demokratischer
- 23 Kultur vermitteln und erlebbar werden lassen. Dies gilt nicht nur mit Bezug auf
- 24 den kurdisch-türkischen Konflikt, sondern kann auch für Flüchtlinge und
- 25 Migranten aus Ländern ohne demokratische Kultur hilfreich sein und rechte
- 26 Ressentiments abbauen. Wir schlagen vor, diese Zentren unter die Verantwortung
- 27 des Landesbeauftragten für politische Bildung zu stellen.